

Artikel vom 09.12.2009

CDU-Katholiken

«Wir brauchen Männerbeauftragte»

Von news.de-Redakteur Torben Waleczek

Kampfansage an die Kanzlerin: Ein neuer Arbeitskreis soll den Katholiken in der Merkel-CDU wieder Gehör verschaffen. Im *news.de*-Interview spricht der Gründer Martin Lohmann über vernachlässigte Glaubensbrüder, das Betreuungsgeld und die Hochzeit von Familienministerin Köhler.



▪ [Bundeskanzlerin Angela Merkel \(CDU\)](#)  Foto: dpa



▪ [Martin Lohmann hat den «Arbeitskreis Engagierter Katholiken» in der Union gegründet.](#)  Foto: privat

Herr Lohmann, Sie haben eine Interessenvertretung der Katholiken in der Union gegründet. Kommen die Belange von gläubigen Katholiken unter der ostdeutschen Pastorentochter Angela Merkel zu kurz?

Lohmann: Der Arbeitskreis Engagierter Katholiken ist eine echte Basisbewegung. Wir haben sehr viel Zulauf. Offenbar war eine solche Initiative notwendig. Bei vielen katholischen Mitgliedern und Wählern der Union gibt es tatsächlich das Gefühl, dass die katholische Stimme nicht mehr entsprechend gehört wird und vielleicht gar ein ostdeutscher oder westdeutscher Protestantismus die Partei dominiere. Ob das ein berechtigtes Gefühl ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Aber in den vergangenen Jahren sind auch deshalb sehr viele Menschen aus CDU und CSU ausgetreten. Das ist uns nicht egal. Auch deshalb melden wir uns zu Wort.

Die Union hat bei der Bundestagswahl das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Lag dies auch daran, dass sich die fromme Wählerschaft abgewendet hat?

Lohmann: Offensichtlich. Es geht um überzeugte und engagierte Katholiken, die viel zu sagen haben. Auch und gerade in der Politik. Durch die Wahlanalysen weiß man, dass die Union vor

allem unter katholischen Wählern besonders stark verloren hat - auch wenn diese Erkenntnis im Adenauerhaus immer noch wie ein Geheimnis behandelt wird. Wir und auch ich selber haben in den vergangenen Monaten immer wieder Leute davon abhalten müssen, aus der CDU auszutreten. Unser Arbeitskreis betrachtet sich als Teil eines notwendigen Pluralismus in dieser Partei. Wir wollen die Union nicht katholisieren, aber wir werden die katholische Stimme wieder erkennbar und hörbar machen. Insofern sind wir Teil einer unionsechten Ökumene.

Wodurch fühlen sich die Katholiken denn vergrätzt?

Lohmann: Viele waren zum Beispiel irritiert über die Haltung der Union in der Diskussion um die embryonale Stammzellenforschung. Auch beim Thema Patientenverfügung und in der Familienpolitik haben die Wähler bei uns ein klares Profil vermisst. Dann gab es noch die völlig überflüssige und in der Sache auch unbegründete Papstschele von Seiten der Kanzlerin. Viele haben sich dadurch düpiert gefühlt und gesagt: So kann man mit dem Heiligen Vater nicht umgehen.

Welchen Anteil hat Angela Merkel am Unbehagen der Katholiken in der Union?

Lohmann: Es geht nicht zuerst um Frau Merkel. Sie ist eine bemerkenswerte und hoch motivierte Kanzlerin. Dennoch gibt es eben auch die Frage, welche Beziehung sie zum christlichen «C» im Parteinamen hat. Das muss man respektieren. Angela Merkel ist protestantisch und ostdeutsch geprägt, was verständlich ist. Aber das «C» in der Union darf nicht einseitig sein, auch die katholische Identität muss sich darin widerspiegeln. Es sollte ein volles «C» sein. Schließlich ist die Union vom Grundsatz her ökumenisch. Der katholische Bundeskanzler Konrad Adenauer war seinerzeit sehr dafür, dass es einen evangelischen Arbeitskreis in der Partei gab, weil er vom ökumenischen Gedanken der Union überzeugt war. Es wäre gut, wenn eine evangelische Parteivorsitzende nun genauso souverän einen katholischen Arbeitskreis begrüßen und fördern würde.

In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall: Kanzlerin Merkel hat versucht, die Gründung Ihres Arbeitskreises zu verhindern. Das sieht nicht unbedingt nach Förderung aus.

Lohmann: Keiner ist dagegen gefeit, von Tag zu Tag klüger zu werden. Frau Merkel ist eine intelligente Person, die ich schätze. In dieser Frage sind wir aber wohl noch nicht einer gemeinsamen Überzeugung. Doch ich glaube, wenn man miteinander redet, würde sich keiner dem Erkenntniszuwachs verweigern.

Stellen Sie sich auf größere Konflikte mit der Kanzlerin ein?

Lohmann: Wir suchen keine Konfrontation, sondern die Kommunikation und die Kooperation. Gleichzeitig gilt aber auch: Wir haben vor keiner Diskussion Angst, Meinungsverschiedenheiten werden wir offen ansprechen. Wenn es stimmt, was jetzt zu hören ist, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer in der CDU/CSU-Fraktion sich offensichtlich auf Druck von oben dazu entschieden haben, dass sie keine Zusammenarbeit mit unserem Arbeitskreis wollen, kann ich nur sagen: Ich kann mir das kaum vorstellen. Das wäre kein Zeichen von Souveränität und von Demokratie. Wir sind alle Mitglieder einer lebendigen und diskussionsfreudigen demokratischen Partei.

Von der neuen Ministerin Kristina Köhler fordern Sie einen Perspektivwechsel in der Familienpolitik. Wie soll der aussehen und wie viel trauen Sie Kristina Köhler auf diesem Feld zu?

Lohmann: Wir trauen der neuen Ministerin sehr viel zu - weil sie jung ist und in vielerlei Hinsicht nicht mehr in irgendwelchen Ideologien von gestern gefangen ist oder sein muss. Frau Köhler sollte die Fragen der Familienpolitik neu angehen und nicht zu sehr allein darauf schauen, was ihre Vorgängerin gemacht hat. Zuletzt ist im Familienministerium vor allem

Frauenerwerbsförderungs politik betrieben worden, was auch wichtig ist. Aber echte Familienpolitik ist das nicht. Frau Köhler kann nun eine Familienpolitik machen, die den Namen verdient. Moderne Familienpolitik sollte eine Politik sein, die zuerst und vor allem vom Kind her denkt. Das Kind und die Normalfamilie sind der Maßstab. Übrigens: Die weitaus meisten Kinder in Deutschland leben in – so würde man wohl sagen – ganz normalen Familien mit ihren leiblichen Eltern. Die gilt es jetzt mal zu entdecken. Wie gesagt: Frau Köhler trauen wir viel zu.

Was fordern Sie konkret?

Lohmann: Die erste Pflicht und die vornehmste Aufgabe einer Familienministerin ist es, die Pflege und Erziehung der Kinder durch die Eltern zu stärken. Frau Köhler sollte sich zum Beispiel dafür einsetzen, dass es künftig in allen Regierungsressorts nicht nur Umwelt- oder Gleichstellungsbeauftragte gibt, sondern auch Kinderbeauftragte, die bei allen gesetzlichen Vorhaben ein Vetorecht haben und sagen können: Stopp, das nützt dem Kinde nicht. Dann wünschen wir uns von der Ministerin, dass sie in der Diskussion um die Gleichberechtigung auch einmal die Männer nach vorne bringt. Nach Jahren der vielleicht ein bisschen falsch verstandenen Emanzipation brauchen wir inzwischen – leider – schon dringend Männerbeauftragte in den Ministerien. Im Bildungs- und Erziehungssystem wächst die Erkenntnis, dass Jungen vielfach hinten rüber fallen und regelrecht benachteiligt sind.

Sie kritisieren, Kristina Köhler habe sich «weder politisch noch persönlich mit Ehe und Familie befasst». Nun heiratet die neue Ministerin ihren Lebensgefährten. Sind Sie jetzt beruhigt?

Lohmann: Wir freuen uns immer, wenn Menschen sich zur Ehe entscheiden und in einer klaren unverbrüchlichen Treue Ja zueinander sagen. In Deutschland hatten wir noch nie den Fall, dass eine junge unverheiratete Frau Familienministerin wurde. Insofern ist die Nachricht von Frau Köhler eine gute Nachricht – und wir begleiten sie mit den besten Segenswünschen. Ihre Glaubwürdigkeit in der Familienpolitik wird dadurch zweifellos gestärkt.

Thema Betreuungsgeld: Die FDP fordert Gutscheine statt Bargeld, auch in der CDU gibt es viele skeptische Stimmen. Was muss hier passieren?

Lohmann: Die Diskussion ist eigentlich absurd und beleidigend. Es kann ja wohl nicht sein, dass man Mütter und Väter, die ihre Kinder zuhause erziehen, mit einem Generalverdacht belegt, gleichzeitig aber deren kostbaren Dienst an der Gesellschaft einfach kassiert. Mutter zu sein ist ein Sieben-Tage-Job, 24 Stunden am Tag, ohne Tarifanspruch, ohne Weihnachts- oder Urlaubsgeld. Das müssen wir angemessen würdigen. Im Übrigen kann das Betreuungsgeld, das ja noch in keinem Verhältnis zu den Kitakosten steht, nur ein erster, kleiner Schritt in Richtung einer echten Wahlfreiheit sein. Denn die ist noch nicht da, muss aber bald kommen. Jeder muss die Möglichkeit haben, sein Familienleben so oder so zu gestalten und dafür dieselbe Anerkennung zu bekommen. Wir brauchen ein Ende der Bevormundung und mehr Bürgerfreiheit. Uns würde es wirklich erstaunen, wenn ausgerechnet die Liberalen den Eltern und Müttern keinen verantwortlichen Umgang mit der Freiheit zutrauen würden. Das Misstrauen der FDP gegenüber den Bürgern ist alles andere als liberal.

Als Beobachter kann man den Eindruck gewinnen, dass es den Katholiken in der Union vor allem darum geht, Modernisierungsprozesse zu verhindern. Wollen Sie zurück zu Kinder, Küche, Kirche?

Lohmann: Wir wollen Freiheit und Verantwortung stärken. Wir wollen kein Zurück, wir wollen eine Zukunft mit mehr gelebter Gleichwertigkeit und ohne Benachteiligung. Familien leisten sehr viel – auch für uns alle als Gesellschaft. Wer so, wie Sie es ausdrücken, denken würde, hätte vieles noch nicht begriffen. Wer so denken und reden würde, wäre weder fair noch modern. Wer so schimpfen würde, würde diffamieren und wäre reaktionär. Wer sich aber für die Unantastbarkeit des Lebens und der Menschenwürde einsetzt und für die Stärkung von Familien,

ist nicht von gestern, sondern wirkliche Avantgarde. Ein richtig verstandener Katholizismus ist weltoffen und ideologiebefreit - und daher modern. Was wir wollen und wofür wir sonst noch stehen, kann jeder auf unserer Homepage www.aek-online.de nachschauen.

Zusammen mit anderen Katholiken hat der Publizist Martin Lohmann im November den «Arbeitskreis Engagierter Katholiken in CDU und CSU» gegründet. Im Sommer erschien Lohmanns Buch «Das Kreuz mit dem C: Wie christlich ist die Union?»

san/news.de